

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend

Kreisverbreit: Die fünfgrößten Exemplare 25, Kleinexemplare 10 Pf.
Kontingentsnahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Preisverträge 10 bis höchstens dreizehn 2 Uhr. Verkäufer und Kommissäre müssen an vorhergehenden Tagen in mehreren Exemplaren sein.
Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.



Vierteiljährlicher Gebührend: durch untere Geschäftsstelle 2,10 Pf.
von unteren Bogen sind bezahlt 2,35 Pf und durch den
Beitraggeber 2,35 Pf.

Beitraggeber und monatliche Beiträge werden außer in der Geschäftsstelle, Preisverträge 10, auch von unteren Bogen und aller
Kontingentsnahmen angenommen.

Ankündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr. 116.

Donnerstag, den 2. Oktober 1919.

58. Jahrgang.

England.

Die Bedeutung der neuen großen Streikbewegung in England liegt nicht in dem Eisenbahnerstreik, sondern in dem, was diesem folgen wird. Der Engländer aus der britische Arbeiter, ist ein nicht mehr feiner, kein Freund von Klüften, und für Zukunftsprognosen ist er überhaupt nicht befähigt. Das hat er schon so oft bewiesen, daß man sich alle Erwartungen darüber sparen kann. Der Krieg hat daran nichts geändert, im Gegenteil. Der Wille des Arbeitnehmers des europäischen Kontinents zeigt sehr über die Wägen an, und daß er die Franzosen, obwohl sie seine Verbündeten sind, höher einschätzt, als die Deutschen, kann man kaum sagen. Er gibt auch auf die sozialistischen, kommunistischen und bolschewistischen Lehren nicht viel, und wenn diese auf dem Festlande Anhang finden, so zuckt er auf seiner Insel die Achseln. Er weiß, was er wert ist. Danach stellt der Engländer seinen Preis. Das ist sein politisches und wirtschaftliches Evangelium.

Der Eisenbahnerstreik wird also trotz aller momentanen großen Schwierigkeiten seine Bedeutung finden, wenn er sie nicht schon gefunden hat, und die britischen Eisenbahnverwaltungen werden sich auch mit neuen Tarifen abfinden müssen. Aber dieser Streik wird zweifellos das Signal für die übrigen großen Arbeiterverbände sein, mit neuen Forderungen hervorzutreten, die das ganze britische Wirtschaftsleben auf den Kopf zu stellen drohen. Die englischen Arbeiter wissen ganz genau, daß sich im letzten Vierteljahrhundert der Charakter des Arbeitsvertrages sehr erheblich geändert hat. Seit König Edward und Cecil Rhodes, dem gewalttätigen, aber genialen englischen Kolonialisten in Südafrika, ist die englische Aristokratie, angefangen durch das Emporkommen der amerikanischen Rockefeller, mit ausgeprägtem Eifer in das merkantile und industrielle Leben eingetreten, sie hat dem Unternehmertum ihres Landes ein ganz neues Bild und worauf es besonders ankommt, sehr erhebliche Impulse gegeben. Der Drang und der Zwang nach großen Dividenden ist sehr stark geworden, und hier ist der Punkt, wo gerade in England die Interessen der Arbeiter und Unternehmer am heftigsten aufeinanderprallen. Die Arbeiter verlangen viel, weil die Aktionäre mit fünf, sieben und neunzigsten Kronen auch viel fordern.

Während des Krieges, wo die Preise keine Rolle spielten, ging das alles noch an. Jetzt, wo sich aber der englische Arbeiter als Sieger anstellt, sind die Gegenstände riesigsteig geworden. Der Ministerpräsident Lloyd George ist damit in eine empfindliche Stellung geraten, er selbst ist vor dem Kriege alles andere eher als ein Freund der aristokratischen Spekulationen gewesen. Aber er hat natürlich die Unterstützung dieser Herren während des Krieges und in seinem Amte nicht entbehren können, er kann und will sie auch heute nicht direkt vor den Kopf stoßen. Das ist der Grund, weshalb die Verhandlungen mit den Streikenden sich nicht so glatt abwickeln haben, wie es erwartet wurde und wie es auch früher meist geschah. Nun kommt aber die Notlage, eine Verständigung herbeizuführen, und diesen ersten Interzesse werden weitere folgen, die geeignet sind, die Sieger um den Siegespreis zu betriegen.

Die englische Regierung steht diese Gefahren, sie erblickt auch die Konkurrenz, die ein wiedererstarktes Deutschland dem britischen Handel bereiten kann und sucht dieser Möglichkeit durch einschneidende Maßnahmen, in deren Verbindung sie nicht verlegen, und in deren Ausführe sie nicht frage ist, vorzugeben. Aber sie unterschätzt das Eigentümliche an ihrer eigenen Brutalität ist die Gewalttätigkeit des englischen Volkes geworden, und darum wird der Arbeiterkampf so schwer zu patieren sein. Wer weiß, ob England nicht doch früher, als es denkt, Deutschland die Hand zum Zusammenarbeiten, wenn es keine Verbesserung sein soll, hinreichen muß.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 30. September 1919.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wurden einige Kleinanfragen erledigt.

Auf eine deputationsale Anfrage, warum der Röhren Polizeipräsident von Glanapp ein Sozialdemokrat werden mußte, wird geantwortet: Aus dienstlichen Gründen. (Lachen rechts.) Der Nachfolger Herr v. Glanapps habe schon seit langem in der Reichswehr die Arbeiterbewegung und sei mit den Verhältnissen besonders vertraut.

Eine Anfrage betreffend die Kriegsgefangenen in Sibirien wird beantwortet, daß wegen des Währungsportes Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung in Gange seien, außerdem sei ein Lebensgeheimnisprotokoll, der auch Viehpast mischere, unterzeichnet.

Ueber das Schicksal der Kadettenhäuser, auf die sich eine Anfrage bezog, ist noch nicht entschieden. Der Gefangenentwurf über die Errichtung einer Po-

litz Oberschlesien wurde von der Tagesordnung abgelegt.

Es folgte die Beratung des Staatshaushalts für das Finanzministerium, in der Landwirtschaftsminister Braun über den Erfolg seiner Beredung über den Abschluß von Tarifverträgen mit den Landarbeitern, die zur Erhaltung der Einkünfte der Güter notwendig gemacht seien, sprach. Die angesetzte Erregung wieder in landlichen Kreisen sei durch eine gewisse Besse hinsichtlich erzeugt. Die Beordnung werde aufgehoben werden, jedoch keine Gehalt mehr für unsere Güter bezieht. Finanzminister Dr. Sabelmann hielt danach noch einmal die Anschauung mit der Presse wegen der Geschichte über die Hausbesitzer Finanzministerkonferenz und vernährte sich gegen den Vorwurf, er sei angeregt gewesen, als er diese Angelegenheit jähling in der Landesversammlung geäußert.

Deutsche Nationalversammlung.

Am Dienstag mittags trat die deutsche Nationalversammlung zum ersten Male im Reichstagsgebäude in Berlin hatte, wie ermittelte, unter den Kämpfern der ersten Revolutionenperiode früher gelitten. Im November 1918 wurde es von den U. und S. Mätern besetzt, später war es eine Hauptburg der Spartakus-Kämpfer, und als es endlich geräumt worden war, stellte es sich heraus, daß das ganze Gebäude einer gründlichen Reinigung bedurfte. Die Arbeit ist nun beendet, die Besichtigung und verborgene Einrichtungen, neuerrichtete Geschosse, Feuerstellungen, zerfallene und überdünnte das ganze Gebäude in der wertvollsten Weise verschmückt und verläßt. Monatelanger Arbeit hat es sich wertvoll gemacht, wieder in Ordnung gekehrt und seiner Bestimmung zugeführt werden konnte. Jetzt ist ihm nicht mehr zu trüben.

Die Nationalversammlung, die freilich dieserhalb teils wegen der damals noch in Berlin herrschenden Unruhe, in dem kleinen Weimar getagt hatte, und dort ihre beiden ersten Aufgaben, die Schaffung einer Verfassung und den Abschluß des Friedens, erfüllt hatte, wird jetzt in Berlin an der dritten Hauptaufgabe, die Bewilligung des Weisungsbeschlusses, eintreten. In ihrer ersten Sitzung wurde nach Verhandlung einer großen Anzahl kleiner Anfragen in die erste Beratung des Tumululadengesetzes einsetzten.

Eine neue Note der Entente.

Angesehene Unterredung der Lebensmittelpflichtverordnung.

Der „Berliner Post“ in Paris hat eine Note an die deutsche Regierung folgenden Inhalts gerichtet: Laut Artikel 12 des Waffenstillstandsvertrages hat Deutschland die Verpflichtung übernommen, sämtliche Truppen, die sich auf Gebieten befinden, die vor dem Kriege zu Ausland gehörten, hinter die Grenze Deutschlands zurückzuführen, sobald die Alliierten es verlangen.

Marshall Foch hat die deutsche Regierung durch seine Note vom 3. 9. zur Erfüllung dieser Verbindlichkeiten angehalten. Die deutsche Regierung gibt vor, nicht die Macht zu haben, die im Baltikum stehenden Truppen zum Geforsam zu zwingen. Diese Gründe werden die alliierten Regierungen nicht anerkennen. Sie erlauben die deutsche Regierung, unverzüglich die Zurückziehung sämtlicher deutschen Truppen, Etäbe und Dienststellen, die sich in den baltischen Provinzen noch befinden, in Angriff zu nehmen; desgleichen hat die deutsche Regierung unverzüglich alle Deutschen, die nach der Demobilisation Dienste in den russischen Formationen, die in der genannten baltischen Provinz gebildet sind, angenommen haben, zurückzuführen. Sie hat die Annahme solcher Dienste aufs strengste zu verbieten. Die Rückführung muß unverzüglich in Angriff genommen und ohne Unterbrechung durchgeführt werden.

Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, daß sie bis zu dem Zeitpunkt, wo sie festgestellt haben, daß ihrem Gründen voll entsprochen wird, keinem der von der deutschen Regierung unterbreiteten Anträge bezüglich der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen stattgeben werde. Im übrigen werden die alliierten Regierungen alle finanziellen Erleichterungen, die die deutsche Regierung gegenwärtig genießt, oder noch zu erlangen sucht, ablehnen.

Hierzu sei bemerkt, daß die deutsche Regierung nichts unversucht gelassen hat, die deutschen Truppen, denen von der lettischen Regierung immerzeit für ihre Hilfe Dank ausgesprochen worden war und die nun hierin schmächtig gerächt worden sind, nach Deutschland zurückzubekommen. Sie hat in den letzten Tagen diesen Truppen die Wohnung und Lebensmittelpflichtverordnung gesperrt, weil sie nicht rechtzeitig zurückgeführt. Sie hat auch den General von der Goltz, weil er die Truppen nicht genügend in der Hand habe, zurückgerufen. Mehr zu tun, ist ihm unmöglich, Gewalt kann sie den Truppen gegenüber nicht anwenden, wenn

die deutsche Regierung also angibt, sie habe keine Macht über ihre Truppen, so ist dies vollkommen dem Tatsachen entsprechend; die Mittel, die ihr zur Verfügung stehen, um den Willen der Entente zu erfüllen, hat sie auch angewandt. Und die Deutschen, die aus dem deutschen Heere ausgebildet und in die russischen, antibolschewistischen Formationen eingetreten sind, sind somit von der deutschen Regierung vollkommen unabhängig. Daß die Entente trotz allem mit den abschließenden Maßnahmen droht, zeigt uns wieder deutlich, was wir von ihr zu erwarten haben. Hat doch Clemenceau in der französischen Kammer erklärt, daß die Entente keine Hand rühren werde, wenn Deutschland von dem Bolschewismus bedroht würde.

Die Friedensverhandlungen zwischen Lettland und Estland auf der einen, Ostpreußen auf der anderen Seite nehmen einen günstigen Verlauf; gegen Mitte Oktober wird ihr Abschluß erwartet. Der Zweck dieser Verhandlungen ist laut „Latwija Sargs“ Beendigung der antibolschewistischen deutschen und russischen Fronten. Die Aufstellung der Fronten von den Letten und Esten gestaketen antibolschewistischen Front nicht bevor.

Von unterrichteter Seite wird berichtet: Die Lage im Baltikum wird von den dortigen Militärbehörden als ungenügend erst angesehen, da verschiedene große Formationen der noch bestehenden Truppenverbände erklärt haben, auf keinen Fall nach Deutschland zurückzuführen. Die Lage erfordert räufschloßes Vorgehen der Reichsregierung.

Prägenleien in der italienischen Kammer.

Anlässlich der Rühmebedatte kam es in der italienischen Kammer zu Szenen, wie sie in dieser Heftigkeit sogar in dem Parlament noch nicht vorgekommen waren. Nachdem der frühere Ministerpräsident Orlando und der Außenminister Tittoni ihre Politik gestiftet und erfolgreich verteidigt hatten, kam es zur Abstimmung über die folgende Tagesordnung: „Die Kammer beauftragt neuerdings die Majorität von Rühme und geht im Vertrauen auf das Werk der Regierung zur Tagesordnung über.“ Während der erste Teil durch Zuruf angenommen wurde (nur die Sozialisten blieben sitzen), entfiel die namentliche Abstimmung über den zweiten Teil Tumululadengesetz von mehrerer Heftigkeit. Es entstand eine allgemeine Prägelei, an der mindestens fünfzig Abgeordnete teilnahmen. In dem Durcheinander waren viele Abgeordnete die Arbeit von Seite gestiftet. Die Abstimmung konnte erst gegen Mitternacht zu Ende geführt werden. Die Regierung erhielt eine Mehrheit von 60 Stimmen.

Nach neuesten Meldungen ist die Isolierung Blumes nicht vollständig. Die Heilmann treffen seit zwei Tagen nicht mehr ein. Sämtliche Verbindungen sind unterbrochen, die Grenzen gegen Kroazien sind geschlossen.

Keine Verringerung der Heeresausgaben. Der Haushaltsausweis der Nationalversammlung bewilligte Dienstag den Notetat, in dem neben einer Forderung von 133 Millionen M. für Kriegsteuerzulagen an Beamte usw. ein neuer Kredit von 15 Millionen M. angefordert wird für die Ausführe des Friedensvertrages. In der Debatte führte der Reichsminister aus, daß die berechtigte Verringerung der Heeresausgaben nicht habe eintreten können im Hinblick auf die Vorgänge im Osten. Statt Abbau eintreten zu lassen, müßten dortin mehr Leute geschickt werden, um heimatische Gebiete gegen Einfälle von Bolschewisten zu sichern. Die italienischen Ursachen in Oberösterreich erfordern ebenfalls ein stärkeres Aufgebot an Weiswehr. Die Ruhe sei durch ihre Hilfe wiederhergestellt, und die Kohlenförderung sei im Steigen. Der Minister ging dann auf die Verhältnisse in Anruand näher ein und gab der Hoffnung Raum, daß die zurückgekehrten Mannschaften den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen und zurückführen zu werden.

Die Heinkelster wollen Ruhe im Lande. Die aus England zurückgeführten Kriegsgefangenen im Sammellager Altengrabow richteten ein Telegramm an die Presse, in dem sie sich über die politische Behebung der Gefangenen beschwerten. Sowohl von kommunistischer wie von monarchistischer Seite aus versuchte man sie einzufangen. Doch sie wollten sich keinerlei Risiken hingeben. Sie wollen Ruhe im Lande, damit die Befreiung ihrer noch in Gefangenschaft schmachtenden Kameraden nicht aufgeschoben werde. Zu diesem Zweck wollen sie die Regierung mit allen ihren Kräften unterstützen. — Die ersten Kriegsgefangenen aus Belgien etwas 1000 Mann, kamen am Sonntag in Westfalen ein. Die ersten aus Belgien. Man war sehr gespannt, was diese Leute über die Behandlung in den belgischen Lagern, die immer als besonders schrecklich geschildert worden war, erzählen würden. Und was sie erzählten, das war teilweise noch bei weitem schlimmer als alles, was wir wußten.

Nach Mitteilung der internationalen Kommission hat die polnische Regierung die sofortige Stilllegung der aus Österreich vertriebenen Deutschen verfügt. Von diesen Personen sind acht, darunter der Delegierte von Breslau, bereits an die deutsch-polnische Grenze gebracht worden und werden dort in Empfang genommen werden. Der Rest wird baldig folgen.

• **Groß-Böhmen.** Der preussische Minister des Innern scheint sich über den Anstoß der thüringischen Staaten an Preußen dahin ausgeprochen, daß ein solcher in Frage kommen könne, wenn ihn förmliche thüringische Staaten vollziehen. Er erklärte ausdrücklich, daß er die Schaffung des großthüringischen Staates unter Einbeziehung des Saale- und Harzgebietes für das zweckmäßigste halte.

• **Einrichtung des Zollendienstes an der Saarergrenze.** Der Zolldienst an der Saarergrenze beginnt. Zollgrenze ist Zwickmühle. Auf dem Landwege Leitersweiler bei St. Wendel. Die drei Zollhäuser bei Wirtensfeld-Beinried fallen in den Grenzfreizone. Das ganze Gebiet unterliegt dem Hauptzollamt Kreuznach.

Seine politische Nachrichten.

• **Berlin.** Die Verhandlungen über den Wiedertritt der Demokraten in die Regierung sind noch nicht abgeschlossen.

• **Berlin.** Die Deutsche Nationalversammlung trat am Dienstag nachmittag im Reichstagsgebäude zusammen.

• **Berlin.** Unter der Leitung des Oberbürgermeisters Bernuth fanden am Dienstag Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitgebern in der Metallindustrie statt.

• **Berlin.** Die Nachricht, daß General Lubendorff den Erlös seines Buches im Betrage von 20 Millionen den Kriegsgeldlosen spenden werde, wird von Lubendorff demontiert. Er behauptet, daß sein Planing nur einen Erlös seines Buches gelte.

• **Der französische Ministerpräsident Clemenceau** hat seine letzte Rede über die Pariser Friedensverträge, in der er sich schlichter, als er sonst zu tun pflegte, über Deutschland ausprobiert, gerade am dem Tage gehalten, an welchem er 79 Jahre alt wurde. Bei einem solchen Alter ist eine so umfangreiche Rede immerhin eine Leistung gewesen, und man kann es begreifen, wenn sie inhaltlich nicht in allen Teilen auf gleicher Höhe gestanden hat. Es fehlt in Paris nicht an Personen, die glauben, diese Rede sei der Schwanengesang Clemenceaus gewesen, er bereite sich nunmehr darauf vor, aus seinem Amte zu scheiden, das ihm nicht bloß den „Ehre“ über Deutschland, sondern auch den Ruhm über den Ersten Weltkrieg gebracht hat. Über solche Erwartungen scheinen doch verächtlich zu sein, es ist vielmehr anzunehmen, daß Clemenceau außer den in diesem Herbst bevorstehenden Neuwahlen zur Deputiertenkammer auch noch die im Februar stattfindende Revision des Verfassens der französischen Republik erledigen will. Und er ist trotz seiner 79 Jahre der Mann, seinen Willen durchzusetzen, falls ihm anders die Kräfte nicht versagen. Auf ein Eintreten der französischen Politik ist also keineswegs lässig zu bauen.

• **Der Streit in England.** Nach den bisherigen Meinungen hat sich die Frage in England nicht entschieden. Die Regierung hat die Resolutionen in der Sache nicht angenommen. Nach privaten Berichten über die Zahl der Streitenden eine Million, nach offizieller Meldung beträgt sie höchstens 500 000. „Daily Herald“, das Arbeiterblatt, schreibt zu den militärischen Maßnahmen der Regierung, daß die Arbeiter jeden Versuch, den Streit mit Hilfe von Militär zu brechen, mit einem sofortigen Streik aller Transport- und Güterarbeiter beantworten würden.

• **Frangsozialisierung der Kinder in Ausland.** Die offizielle „Zeitschrift“ meldet: Die Frangsozialisierung der Kinder im Sowjetland ist beschlossen. Um sie in der reinen Kommunistenlehre zu erziehen, werden sie im Alter von drei Jahren ihren Eltern entzogen und in gemeinamen Anstalten erzogen. In Tscha sind bereits 70 000 Kinder unter zehn Jahren ihren Eltern entzogen worden. Um die Kinder vor schädlichem Einfluß ihrer „bürgerlichen“ Eltern zu bewahren, ist es den Eltern untersagt, sie zu besuchen. Infolge schlechter Ernährung und schlechter Aufsicht ist die Sterblichkeit unter den sozialisierten Kindern ganz beachtend. Die Sowjetpresse findet an, daß 150 000 erfahrene Lehrer mit der Erziehung der Kinder beauftragt sind.

• **Wärperung der südamerikanischen Grenzen.** Nach Meldungen Pariser Morgenblätter hat die bolivianische Regierung angeordnet, vom 26. September ab für die Dauer von 14 Tagen sämtliche Grenzen zu sperren.

• **Krakau.** Die Bolschewisten haben im Bezirke von Zamorano einen Streik hervorgerufen. Infolge der Anarchie auf den Straßen Bolens droht eine Kohlenkatastrophe.

• **Stockholm.** Die zweite schwedische Kammer hat mit 126 gegen 64 Stimmen den Bescheid über die Regierung über die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit angenommen.

• **Paris.** Der Bruder der kaiserlichen Kaiserin von Österreich, Prinz Sigismund von Bourbon-Sarmato, hat sich mit einer Waise verlobt. Prinz Sigismund von Bourbon-Sarmato, der drittälteste Sohn des Kaisers, ist ein 27-jähriger Mann, der in Wien eine Propaganda zu betreiben, wird in einem Zaun verhaftet.

• **Zinabzug von den Polen genommen.** Nach einer Meldung aus Warschau haben die polnischen Zinabnehmer nach zweitägigem erlittenen Kampfe die Befreiung von Danzig an fählichen über der Dina genommen.

• **Gastyn an Polen?** Nach einer Mitteilung von holländisch Neuworburen bringt der „Remps“ die Mitteilung, da jeder Oberste Rat auf Initiative Frankreichs jetzt beschäftigt, Gastyn einwillig an Polen an geben, jedoch die probatorische polnische Verwaltung vor in eine definitive umgewandelt wird.

Unter der Überschrift „Einmütiges Vertrauensvotum für Moske“ schreibt der „Vorwärts“ am Montag: Die gelinge Agitationskonferenz unserer Großpremier Parteifunktionäre stellt ein besonderes Ereignis in unserer Parteigeschichte dar. Sie hat das Vertrauensverhältnis zwischen der Berliner Parteiführung und dem Genossen Reichswahlminister Moske, der an prominenter Stelle steht, neu gestiftet und in einem einstimmigen Vertrauensvotum für Moske genest. In zweifelhafte glänzender Rede hat Moske die Prinzipien seiner Amtsführung dargelegt, und er hat

überzeugt. Die ganze Aussprache bewegte sich auf erfreulicher Höhe und der Eindruck war allgemein, daß dieses gegenseitige Sichausprechen von allergrößtem Nutzen gewesen ist. — Der „Vorw.“ zufolge sagte Moske im wesentlichen folgendes: — Der Fall Reichard sei für ihn erledigt. In diesen Berliner Redeversammlungen geben jetzt ehemalige Unorganisierte den Grundton an. Für Hunderte und Tausende macht die anständigen Menschen löplich und jagt sie wieder dem alten Regime zu. Leute, die nie den Mund aufgetan haben, solange ihnen der Schlagschaden drohte, haben nach der Revolution in den Foren an Terrorismus, Verrätherlichkeit und Vergewaltigung anderer Meinungen die schlimmsten Sünden der vergangenen Nacht über tausendfach übertrieben. Wenn wir durchkommen wollen, müssen wir den Mut zur Härte haben und lieber ein paar tausend Totschläger opfern, als ein 60 Millionenvolk. Im Offiziersstand bleiben in erster Reihe die Leute, die im Januar für uns gekämpft haben, indem sie amren Frontoffiziere, die sich im Kriege ausgezeichnet haben. Wir werden am 1. ein kettel neues Offizierskorps haben, das mit seiner Erziehung an die Sicherheit des Landes und an die Festigkeit der Regierung gebunden ist. Was Hebergriff vorkommen, schaffe ich Membran. In Chiffren haben ich Befehl gegeben, auf jeden Mann zu feuern, der nach dem Balkum hinüber will, aber auch dort läßt sich der schauerhafte Morden nicht mit Gewalt durchziehen, sondern nur mit harter, ruhiger Geduld. — Der „Vorw.“ gibt aus Moskes Rede noch folgendes wieder: Es war der Träger eines der bekanntesten deutschen Namen, der mir unter tausendfach Lebensgefahr die Gewehre und die Munition für meine ersten Freiwilligen aus den Kasernen zusammen geschoßen hat. (Zuruf: Wer?) Wenn Sie es wissen wollen, ein Graf Bismarck. (Bewegung.) Wenn sie ihn ermordet hätten, hätten sie ihn totgeschlagen, und ich sollte jetzt verzeihen, was diese Offiziere mir für die Rettung des Landes geseht haben? Die Partei darf mir die Leute nicht verzeihen, auf die ich in Kiel und Berlin nicht verzeihen konnte und auf die ich heute nicht Verzicht leisten kann. Wenn sich einer findet, der mein Amt haben will, mit Ruhm. (Große Heiterkeit und Bewegung.) — Zuruf: Justus muß bleiben.

Deutschland soll noch weiter wehrlos gemacht werden. Der Friedensklub der französischen Kammer wird den Beschlußantrag Bischoffs beraten, der lautet: Die Kammer erlaßt die Regierung, Verhandlungen mit dem Signatarmächtern des Vertrages von Versailles einzuleiten, um einen Vertrag zum Friedensvertrag anzuschließen, der die Entlassung Deutschlands und seiner Reichsteile effektiv macht durch das Verbot gewisser Kriegsinstrumente und durch jede notwendig erscheinende Maßnahme.

Wilsons Garbi vor Verhandlung. Berlin, 28. Sept. Die Nachricht, daß Wilson erkrankt sei, auf Veranlassung seines Arztes keine Kräftegenarbare abgeben habe und nach Washington zurückgekehrt sei, wird in hiesigen und internationalen Kreisen sehr geteilt, daß der Präsident für ein Jahr oder gegen sein Leben bestehenden verheißt gemeldeten Verjährung zu sein.

Provinz und Nachbarstaaten.

Leipzig, den 1. Oktober 1919

Die neuen Postvorschriften.

Gültig vom 1. Oktober an.

Alle Postsendungen, mit Ausnahme der gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefe und Postkarten, müssen fortan frei gemacht werden. Für die Befreiung von gewöhnlichen Wert- und Einschreibeposten und Postkarten, sowie für das Abtragen der Postanweisungen nicht Gebührenden wird keine Gebühr mehr erhoben. Mit Ausnahme der Geldsendungen und der Zeitschriften kommt alle jährliche Postgebühr in Belgien, Holland und Italien zu entrichten, wenn sie ein besonderes Fach des Ausgabekontos bei der Postanstalt eingeschickt werden. Bei ungenutzten Postsendungen, die ein besonderes Fach beinhalten, wird, ohne daß dazu ein besonderes Fach beantragt wird, ein Ausgabegebühr in Höhe der Hälfte des Jahresgebühres für die Dauer der Beurlaubung im Voraus zu zahlen.

Auf dem Paket ist der Name und Wohnort des Absenders des Absenders anzugeben; in das Paket selbst ist ein Doppel der Aufschrift zu legen. Dies ist jetzt eine Pflichtenbestimmung. Wird sie vom Absender nicht beachtet, so hat er die daraus entstehenden Nachteile zu vertreten. Jedem Paket muß eine Paketkarte beigegeben sein. Die bisherige Vergütung mehrere, zu Pakete an denselben Empfänger mit einer Paketkarte verbunden, ist danach aufgehoben.

Die Postgebühren betragen in der Nähe (bis 75 km) bei einem Gewicht bis zu 15 kg 3 Mk., über 15 bis 20 kg 4 Mk., über 20 bis 30 kg 5 Mk., über 30 bis 40 kg 6 Mk. Bei bringenden Paketen hat der Absender zu zahlen: die Postgebühr, eine besondere Gebühr von 2 Mk. sowie, wenn die Sendung nicht den Vermerk „postlagernd“ trägt, die Gebühregebühr.

Für Wertpapiere, auch für solche bis 100 Mk., werden erhoben: die Postgebühr, die Einschreibgebühr von 30 Pfg. und die Verjährungsgebühr. Die Verjährungsgebühr beträgt 40 Pfg. für je 1 000 Mk. Wertgegenstand oder einen Teil von 1000 Mk.

Jährliche Beiträge werden erhoben; die Gebühre für einen gewöhnlichen Brief (nach den für den Fernverkehr und für den Ortsverkehr und Nachbarverkehrsgebühren) beträgt 10 Pfg., die Einschreibgebühr von 30 Pfg. und die Verjährungsgebühr (40 Pfg. für je 1000 Mk.).

Und eine bei der Post bestellte Zeitung auf Verlangen des Bezüglers an eine andere Postanstalt abzugeben, so ist hierfür eine Ueberweisungsgebühr von 50 Pfg. zu zahlen, wenn diese Postanstalt in demselben Postort wie die ursprüngliche von 1 Mk., wenn sie in einem anderen Postort liegt.

Vergangenen Sonntag konnte die I. Mannschaft der hiesigen Sportvereinigungen ihre Niederlage gegen den Wesselsfelder Sportklub (2:1), durch einen Sieg über die II. Mannschaft der Sportvereinigungen 05 Raumburg wieder wettmachen. Es

hatte eine Umstellung in der Mannschaft der Teuchener statt finden müssen. Selbige brachte auch nur das Ergebnis von 4:1 für Teuchener. Da die Südtürmer neu ange stellt worden war, ist es ganz erklärlich, daß die Kombination im Turme fehler. Das Spiel war am Anfang sehr flott. Den höchsten Torer es verdient, schon in der ersten Halbzeit ihre 4 Tore einzubringen. In der zweiten Halbzeit brachten die Teuchener Torer, aber infolge der Verwundung des Torwarts durch Raumburger Torer, war es dem hiesigen nicht möglich, noch mehrere Tore zu erzielen. Dem Schiedsrichter, der wohl an Unparteilichkeit litt, ist wohl zu begreifen, daß er mehrere Entscheidungen, die Teuchener hätte bekommen müssen, nicht sah, eventuell selbige nicht sehen wollte. Denn es ist das Bestreben verschiedener Fußballvereine die junge Teuchenerische Mannschaft zu unterdrücken, so zu unterdrücken, daß die sie nicht auf die Beine kommen lassen.

— **Keine Ansicht auf billiges Schuhwerk.** Durch Verordnung des Reichswirtschaftsministers Schmidt vom 15. August ist die Aufhebung der Zwangsmaßstäbe für Leder erfolgt. Bange bevor diese Verordnung in Kraft trat, hat man Leder aller Art, sowie die rohen Häute und Felle zurückgehalten und die verarbeiteten Betriebe auch nicht mehr beliefert, wodurch naturgemäß sich überall Entodungen schlimmster Art entwickelt haben. Gleich bei den ersten Häute- und Felle-Ankufen setzte man sich eine Preisobergrenze ein, wodurch die Marktlage noch verschärfter wurde. In Anbetracht dieser Lage sehr bald nachlassen würde. Bisher haben die Verbraucher weder stattgefundenen Häute-Kauf anen zur Gänge bewiesen, daß die Preise für rohe Häute und Felle immer mehr in die Höhe getrieben werden. So folgten auf der letzten Häute-Auktion eine einzige Höchstzahl 350 Mk., 1 Hund Kalbsfell 48 Mk., 1 Hund Grobziegenhaut 11—20 Mk. um. Das sind Preise für rohe Häute und Felle, die der Häutehändler bezahlt. Er ist genötigt anzudeuten, was bei diesen Preisen ein Paar Schuhe kosten wird. Selbst die geringsten Reparaturen am Schuhwerk werden, sobald auch ein kleines Stückchen Leder zu verbraucht wird, unergieblich und teuer. Aus diesem Grunde haben bereits viele Schuhmachervereinigungen gegen die unheimlich hohen Lederpreise und den unerhörten Lederwucher mit aller Schärfe Protest erhoben und beschließen, die vorgelegte Höhe für die beantragte Retortroppe bei Eintritt schlechten Wetters aufmerksam zu machen.

— **Substitutionsbildung in der mitteldeutschen Brauereifabrikation.** Nach langwierigen Verhandlungen ist jedoch das von der Regierung verlangte Brauereifabrikationsgesetz links der Elbe unter dem Namen „Mitteldeutsche Brauereifabrikationsgesetz“ zustande gekommen. Fast der gesamte mitteldeutsche Brauereifabrikationsbereich ist in dem Substitut vereint; außer letzteren, fast nur Landeshaupt treibenden Betrieben hat sich der Kaiserberg in letzten Augenblick nicht angegeschlossen. Das Gesetz gilt von den Leipziger Brauereifabrikanten, von den Sudenburger Köpplerwerken. Hier will die Regierung nunmehr die nötigen Maßnahmen treffen. Die Verhandlungen leitet der Generaldirektor der A. Bismarck-Wortmannsche Bergwerks-Gesellschaft, der auch einstimmig zum Vorsitz eines der neugegründeten Substitutionsgewerkschaften ist. Bis zum 31. Oktober, das am 1. Oktober seine Tätigkeit aufnimmt, ist Leipzig. Mit der Leitung des Substituts hat Regierungsrat Dr. Wolf-Palle und Direktor Karl Müller-Winterfeld betraut worden.

— **Die Benützung der Bezüge der Strecke Berlin-Weimar-Frankfurt** ist infolge der Einjährigkeit des Personenverkehrs in den letzten Tagen nach Wänterwärtigen eine ganz gewaltige. Viele Reisende können in diesen Tagen, namentlich in den letzten Nachmittagen, keine Sitzplätze finden und müssen darum ein zusammengeordnet stundenlang in den Gängen sitzen. Es ist in den letzten Tagen infolge des Andrangs wiederholt vorgekommen, daß die Reisenden einfach durch die Fenster in die Wagen kletterten, um überhaupt mitzukommen. Geordnete Zustände werden wohl bald im Eisenbahnbereich nicht wieder zu erwarten sein. Infolge der außerordentlichen starken Benützung der D-Züge haben diese oft stundenlang in Reichspostwagen, da die fargen Aufnahmehalterungen auf den Stationen nicht eingeleitet werden können.

(Gingel) **Stenographie System „Stollé-Schrey“** in Teuchener. In kurzen Worten ist hier einmal darauf hingewiesen, wie einfach und leicht unter Stenographie zu erlernen ist. 22 kurze Paragraphen behandeln deutlich und für familiären Stoff des Schriftstellers, u. einem jeden, der von der Kurzschrift Gebrauch machen will, ist die Möglichkeit gegeben, diese in etwa 1/2 Jahr gründlich zu erlernen. Es liegt doch in eines jeden Interesse, sich eine feste Fertigkeit zu erwerben, wobei ihm die Stenographie als vorzügliches Mittel dienen soll um losbare Zeit zu erparen. „Zeit ist Geld“, sagt ein altes wahres Sprichwort, das augenblicklich eine große Rolle spielt.

Der Jugend von Teuchener sei es sehr empfohlen, sich an einem Kursus, zwecks Erlernen der Kurzschrift, recht zahlreich zu beteiligen. Solange die Stenographie noch nicht von einem verlangt wird, hat man genügend Zeit zum Lernen, fängt man aber erst in dem Augenblick an, wo man sie schon gebraucht, so überhört man sich mit seiner Arbeit, was nie zu einem guten Ergebnis führt.

— **Weitere Tarifveränderungen im Eisenbahnpersonenverkehr.** Außer der allgemeinen Soprozentigen Erhöhung der Fahrpreise tritt am 1. Oktober eine weitere Anzahl von Tarifveränderungen im Personenverkehr ein. Es wird die Gebühre für das Betreten der Bahnsteige (Bahnsteigkarte) von 10 auf 20 Pfg. erhöht. Weiter beträgt das Lagergeld für Reisegepäck und Expressgut künftig 50 Pfg. (bisher 20 Pfg.) für Tag und Nacht. Die Aufwandsgebühr für Handgepäck wird von 20 auf 30 Pfg. erhöht. Als neue Gebühre wird eine Ueberweisungsgebühr von 20 Pfg. für Reisegepäck und Expressgut eingeführt, die bei jeder Aufgabe von Gepäck und Expressgut zur Verrechnung kommt. Die Gepäcktarifgebühre sind ebenfalls erhöht, die Reisegebühre ist hier auf 1,20 Mk. festgesetzt.

— **Aktenburg, 29. Sept.** Wegen Rinderpestung wurde eine 35 Jahre alte Reitergastwirthin aus Teuchener und wegen

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend

Einheitspreis: Die fünfgrößte Nummern 25, Monatshefte 40 Pf.
Anzeigenpreise in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Preisliste 10
das hiermit beizugeben 2 Uhr. Später und formliche Anzeigen
müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.
Ercheinung mindestens 3 mal, und ohne Abzug, Mittwoch und Freitag
abends 7 Uhr für den folgenden Tag.



Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 2,10 RM.
von unseren Bogen ins Haus gebracht 2,35 RM und durch den
Beilieferer 2,35 RM.

Bezugsbedingungen und monatliche Bezüge werden außer in der Be-
scheidungsstelle, Preisliste 10, auch von unseren Bogen und aller
Beilieferer angenommen.

Anteiliges Verköndigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 116.

Donnerstag, den 2. Oktober 1919.

58. Jahrgang.

England.

Die Bedeutung der neuen großen Streikbewegung in England liegt nicht in dem Eisenbahnerstreik, sondern in dem, was diesem folgen wird. Der Engländer aus der britische Arbeiter, ist, nützlich sein, kein Feind von Maschinen, und für Zukunftsfragen ist er überhaupt nicht befähigt. Das hat er schon so oft bewiesen, daß man sich alle Erörterungen darüber sparen kann. Der Streik hat daran nichts geändert, im Gegenteil. Der Streik stellt den Bewohner des europäischen Kontinents recht sehr über die Waage an, und daß er die Franzosen, obwohl sie seine Verbündeten sind, höher einschätzt, als die Deutschen, kann man kaum sagen. Er gibt auch auf die sozialistischen, kommunistischen und bolschewistischen Lehren nicht viel, und wenn diese auf dem Festlande Anhang finden, so zahlt er auf seiner Insel die Waise. Er weiß was er wert ist. Daraus hat der Engländer seinen Preis. Das ist sein politisches und wirtschaftliches Geängstlich.

Der Eisenbahnerstreik wird also trotz aller momentanen großen Schwierigkeiten seine Belagerung finden, wenn er sie nicht schon gefunden hat, und die britischen Eisenbahnverwaltungen werden sich auch mit neuen Tarifen abfinden müssen. Aber dieser Zustand wird zweifellos das Signal für die übrigen großen Arbeitgeberverbände sein, mit neuen Forderungen hervorzutreten, die das ganze britische Wirtschaftsleben auf den Kopf zu stellen drohen. Die englischen Arbeiter wissen ganz genau, daß sich im letzten Vierteljahrhundert der Charakter des Arbeiterbewusstseins sehr erheblich geändert hat. Seit König Edward und Cecil Rhodes, dem gewalttätigen, aber genialen englischen Plonier in Südafrika, ist die englische Aristokratie, ausgerollt durch das Emporwachen der amerikanischen Arbeiter, mit ausgeprägtem Eifer in das mechanische und industrielle Leben eingetreten. Sie hat dem Unvernehmen ihres Landes ein ganz neues Bild und worauf es besonders ankommt, sehr erhöhte Ansprüche gegeben. Der Drang und der Zwang nach großen Dividenden ist sehr stark geworden, und hier ist der Punkt, wo gerade in England die Interessen der Arbeiter und Unternehmern am heftigsten aufeinanderprallen. Die Arbeiter verlangen viel, weil die Aristokratie mit fünf-, sechs- und neunzigsten Kronen auch viel fordern.

Während des Krieges, wo die Preise keine Rolle spielten, ging das alles noch an. Jetzt, wo sich aber der englische Arbeiter als Sieger anstellt, sind die Gegenstände wieder sehr geworden. Der Ministerpräsident Lloyd George ist damit in eine empfindliche Klemme geraten, er selbst ist vor dem Kriege alles andere eher als ein Freund der aristokratischen Spielarten gewesen. Aber er hat natürlich die Unterstützung dieser Herren während des Krieges und in seinem Amt nicht entbehren können, er kann und will sie auch heute nicht direkt vor den Kopf stoßen. Das ist der Grund, weshalb die Verhandlungen mit den Streikenden sich nicht so glatt abwickeln haben, wie es erwartet wurde und wie es auch früher meist geschah. Nun kommt aber die Notlage, eine Verständigung herbeizuführen, und diesem ersten Interzesse werden weitere folgen, die geeignet sind, die Sieger um den Siegespreis zu betriegen.

Die englische Regierung steht die Gefahren, sie erblickt auch die Kontinenz, die ein wiedererstarktes Deutschland dem britischen Handel bereiten kann und sucht dieser Möglichkeit durch einschränkende Maßnahmen, in deren Begründung sie nicht verlegen, und in deren Ausführung sie nicht frage ist, vorzubeugen. Aber sie unterschätzt das Eigentümliche in ihrer eigenen Bruttalität ist die Gewalttätigkeit des englischen Volkes geworden, und darum wird der Arbeiterkampf so schwer zu patieren sein. Wer weiß, ob England nicht doch früher, als es denkt, Deutschland die Hand zum Zusammenarbeiten, wenn es keine Verhöhnung sein soll, hinreichen muß.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 30. September 1919.

Nach einer langen Geschäftsordnungsdebatte wurden einige kleine Anfragen erledigt.

Auf eine deutensationale Anfrage, warum der Admire Völkerräsident von Clasen auf einen Sozialdemokraten weichen mußte, wird geantwortet: Aus dem v. Clasen habe ich schon seit langem in der der rheinischen Arbeiterbewegung und sei mit den Bekanntheit besonders vertraut.

Eine Anfrage betreffend die Kriegsgefangenen in Sibirien wird beantwortet, daß wegen des Abrüstungsvertrages Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung im Gange seien, außerdem sei ein Liebeskommitee entsandt, der auch Briefpost mitführe, unterzogen.

Ueber das Schicksal der Kadettenhäuser, auf die sich eine Anfrage bezog, ist noch nicht entschieden. Der Gesandtenrat über die Errichtung einer Pro-

vinz Oberstaatssekretär wurde von der Tagesordnung abgelegt.

Es folgte die Beratung des Staatshaushalts für das Finanzministerium, in der Landwirtschaftsminister Dr. Mann über den Erfolg seiner Beredung über den Abstieg von Tarifverträgen mit den Landarbeitern, die zur Erleichterung der Einführung der Ernte notwendig geworden seien, sprach. Die angesagte Erregung bewirkt in ländlichen Kreisen sei durch eine gewisse Presse Mäßigkeit erzeugt. Die Beratung wurde aufgehoben werden, sobald keine Gefahr mehr für unsere Ernte besteht. Finanzminister Dr. Sülbaum hielt danach noch einmal eine Ansprache mit der Presse wegen der Gefahr über die Staatskasse Finanzministerkonferenz, und verabschiedete sich gegen den Vorwurf, er sei aufgeregter gewesen, als er diese Nachrichten jähling in der Landesversammlung geäußert.



verlangen. Marschall Koch hat die deutsche Regierung durch seine Note vom 3. 9. zur Erfüllung dieser Verbindlichkeiten angehalten. Die deutsche Regierung gibt vor, nicht die Macht zu haben, die im Baltikum stehenden Truppen zum Gehorsam zu zwingen. Diese Gründe können die alliierten Regierungen nicht anerkennen. Sie erlauben die deutsche Regierung, unverzüglich die Zurückziehung sämtlicher deutschen Truppen, Städte und Dienststellen, die sich in den baltischen Provinzen noch befinden, in Angriff zu nehmen; beschließen hat die deutsche Regierung unverzüglich alle Deutschen, die nach der Demobilisation Dienste in den russischen Formationen, die in der genannten baltischen Provinz gebildet sind, angenommen haben, zurückzuführen. Sie hat die Annahme solcher Dienste aufs strengste zu verbieten. Die Räumung muß unverzüglich in Angriff genommen und ohne Unterbrechung durchgeführt werden.

Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, daß sie bis zu dem Zeitpunkt, wo sie festgelegt haben, daß ihrem Ersuchen voll entsprochen wird, keinem der von der deutschen Regierung unterbreiteten Anträge bezüglich der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen zustimmen werde. Im übrigen werden die alliierten Regierungen alle finanziellen Forderungen, die die deutsche Regierung gegenwärtig geltend, oder noch zu erlangen sucht, ablehnen.

Hierzu sei bemerkt, daß die deutsche Regierung nichts unversucht gelassen hat, die deutschen Truppen, denen von der lettischen Regierung feierlich für ihre Hilfe Dank versprochen worden war und die nun hierin schändlich getäuscht worden sind, nach Deutschland zurückzubekommen. Sie hat in den letzten Tagen Truppen die Abholung und Lebensmittellieferung gesichert, weil sie nicht freiwillig zurückzuziehen. Sie hat jetzt auch den General von der Goltz, weil er die Truppen nicht genügend in der Hand habe, zurückgerufen. Mehr zu tun, ist ihr unmöglich, Gewalt kann sie den Truppen ebenfalls nicht anwenden, wenn

die deutsche Regierung also angibt, sie habe keine Macht über ihre Truppen, so ist dies vollkommen den Tatsachen entsprechend; die Mittel, die ihr zur Verfügung stehen, um den Willen der Entente zu erfüllen, hat sie auch angewandt. Und die Deutschen, die aus dem deutschen Heere ausgeschieden und in die russischen, antibolschewistischen Fronten eingetreten sind, sind immer noch von der deutschen Regierung vollkommen unabhängig. Das die Entente trotz allem mit den allerhöchsten Maßnahmen droht, zeigt uns wieder deutlich, was wir von ihr zu erwarten haben. Hat doch Clemenceau in der französischen Kammer erklärt, daß die Entente keine Hand rühren würde, wenn Deutschland von dem Bolschewismus befreit würde.

Die Friedensverhandlungen zwischen Lettland und Estland auf der einen, Serbien/Kroatien auf der anderen Seite nehmen einen günstigen Verlauf; gegen Mitte Oktober wird ihr Abschluß erwartet. Der Zweck dieser Verhandlungen ist laut 'Latvija Sargs': Beseitigung der antibolschewistischen deutschen und russischen Truppenteile. Die Auflösung der bisher von den Deutschen in Esten gehaltenen antibolschewistischen Front steht bevor.

Son unterrichtet Seite wird berichtet: Die Lage im Baltikum wird von den dortigen Militärbefehlshabern als ungewöhnlich ernst angesehen. Der Zweck dieser Formationen der noch dort stehenden Truppenverbände erklärt haben, auf keinen Fall nach Deutschland zurückzuziehen. Die Lage erfordert rücksichtsloses Vorgehen der Reichsregierung.

Prügelien in der italienischen Kammer.

Anlässlich der Stimmdebatte kam es in der italienischen Kammer zu Szenen, wo sie in dieser Hinsicht waren. In diesem Parlament noch nicht vorgekommen. Nachdem der frühere Ministerpräsident Orlando und der Außenminister Tittoni ihre Politik geschildert und erfolgreich verteidigt hatten, kam es zur Abstimmung über die folgende Tagesordnung: 'Die Kammer beauftragt neuerdings die Präsidialität von Rume und geht im Vertrauen auf das Wort der Regierung zur Tagesordnung über.' Während der erste Teil durch Zuruf angenommen wurde (nur die Sozialisten blieben sitzen), erfolgte die namentliche Abstimmung über den zweiten Teil durch Zuruf von unerhöhter Heftigkeit. Es entstand eine allgemeine Prügelei, an der mindestens fünfzig Abgeordnete teilnahmen. Der Vorsitzende wurde durch gewalttätige Angriffe der Mitglieder vom Tische gerissen. Die Abstimmung konnte erst gegen Mitternacht zu Ende geführt werden. Die Regierung erhielt eine Mehrheit von 60 Stimmen.

Nach neuesten Meldungen ist die Forderung Rumes jetzt vollständig. Die Zeitung treffen seit zwei Tagen nicht mehr ein. Sämtliche Verbindungen sind unterbrochen, die Grenzen gegen Kroatien sind geschlossen.

Keine Verringerung der Herrschaftsgebäude. Der Gesundheitsauschuss der Nationalversammlung bewilligt Dienstag den Notetat, in dem neben einer Forderung von 133 Millionen M. für Kriegstruppenauslagen an Weichte usw. ein neuer Kredit von 15 Milliarden M. angesetzt wird für die Auszahlung des Friedensvertrages. In der Debatte führte der Reichsminister aus, daß die berechnete Verringerung der Heeresausgaben nicht habe einzuwirken können im Hinblick auf die Vorgänge im Osten. Statt 1000 Mann einzuweisen zu lassen, müßten dorthin mehr Leute geschickt werden, um heimatische Gebiete gegen Einfälle von Bolschewisten zu sichern. Die parlamentarischen Unruhen in Oberösterreich erforderten ebenfalls ein stärkeres Aufgebot an Weichmacht. Die Ruhe sei durch ihre Hilfe wiederhergestellt, und die Stöpfungsförderung sei im Steigen. Der Minister ging dann auf die Verhältnisse in Ausland näher ein und gab der Zustimmung Raum, daß die zurückgerufenen Mannschaften den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen und zurückzuführen zu werden.

Die Heimkehrer wollen Ruhe im Lande. Die aus England zurückgekehrten Kriegsgefangenen im Sammellager Allengrabow richteten ein Telegramm an die Presse, in dem sie sich über die politische Verberbung der Gefangenen beschwerten. Sowohl von kommunistischer wie von monarchistischer Seite aus versuchte man sie einzufangen. Doch sie wollen sich keinerlei Anbieten hingeben. Sie wollen Ruhe im Lande, damit die Befreiung ihrer noch in Gefangenschaft schmachtenden Kameraden nicht aufgegeben werde. Zu diesem Zweck wollen sie die Regierung mit allen ihren Kräften unterstützen. Die ersten Kriegsgefangenen aus Belgien etwa 1000 Mann, kamen am Sonntag in Münster an. Die ersten aus Belgien! Man war sehr gespannt, was diese Leute über die Behandlung in den belgischen Lagern, die immer als besonders schlecht gelobt worden war, erzählen würden. Und was sie erzählten, das war teilweise noch viel schlimmer als alles, was wir wußten.